



# Hauptstadtbrief

## von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 111

Nachrichten und Notizen

14.12.2012

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende. Es hat viel Kraft gekostet hat. Besonders die Etablierung des ESM und die Griechenlandpakete 2 und 3 schlagen zu Buche. Aber was die anderen (potentiellen) Kandidaten anbelangt, gibt es auch kaum Positives zu vermelden.

### Eurokrise

Ganz aktuell musste sich der Haushaltsausschuss mit dem jüngsten Troika-Bericht zum Umsetzungsstand des „wirtschaftlichen Anpassungsprogramms Portugals“ befassen. Portugal kriegt einfach nicht die Kurve und schlittert immer weiter in Richtung Griechenland. Die Troika prognostiziert, dass das Land im Jahr 2014 einen Schuldenstand in Höhe von 122,3 Prozent erreichen wird. 2011 – also im Jahr als Portugal unter den Rettungsschirm schlüpfte – lag die Gesamtverschuldung bei „nur“ 108,1 Prozent. Aber es wird weiter auf die weiße Salbe gesetzt. So heißt es zum Beispiel im Anschreiben zum Troika-Bericht:

„Probleme machen daneben die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle. Die tatsächlichen Einnahmen blieben bis Oktober 2012 spürbar hinter den entsprechenden Haushaltsplänen zurück. [...] Seitens der portugiesischen Behörden wird davon ausgegangen, dass die bisherigen Einnahmeausfälle durch Einnahmen in den letzten Monaten des Jahres 2012 kompensiert werden.“ Wenn ich so etwas lese, bin ich offen gesagt fassungslos. Wer glaubt denn so etwas? Gleichwohl sieht auch die Troika „eine erhebliche Gefahr für den Aufschwung in Portugal“. Wie das zusammenpassen soll, ist mir ein Rätsel.

Besser passt dazu eine Information, die uns nebenbei im Nachbericht zur Eurogruppe und zum ECOFIN-Rat am 3.-4. Dezember 2012 gegeben wurde. Dort heißt es auf Seite 2:

„Im Hinblick auf das Vorgehen in den laufenden Defizitverfahren gab es eine allgemeine Beratung der Minister. Die Kommission hat ihre Auffassung dargelegt, dass in keinem der laufenden Verfahren weitere Eskalationsschritte zu ergreifen seien, da Abweichungen bei den nominalen Defizitziele durch die Verschlechterung der konjunkturellen Entwicklung zu erklären seien [...]“. Das heißt im Klartext, es wird auch weiterhin keine Folgen geben, wenn Staaten die Maastricht Kriterien nicht einhalten können bzw. wollen.

Dies ist in erster Linie gar nicht unbedingt ein Erfolg für die „klassischen“ Schuldenstaaten unter dem Rettungsschirm, denn für diese Staaten ist ohnehin schon Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt. Hauptprofiteur ist Frankreich. Ich gehe auch davon aus, dass Frankreich die Haupttriebkraft hinter dieser Entscheidung war. Denn das Land müsste sein Defizit bis 2013 unter drei Prozent drücken. Dies gelingt dem Land unter seinem sozialistischen Präsidenten Hollande aus offensichtlichen Gründen jedoch nicht. Auch im Jahr 2014 wird das französische Defizit noch bei 3,5 Prozent verharren. Hier tickt eine Bombe, denn Frankreich – zweifelsohne unser wichtigster Partner innerhalb der Europäischen Union – rutscht immer tiefer in die Krise. Alle Indikatoren zeigen nach unten: Die Arbeitslosigkeit bleibt konstant über zehn Prozent, das Wirtschaftswachstum strebt gegen Null, der absolute Schuldenstand wird 2014 bei fast 94 Prozent liegen.

Dabei haben wir in Deutschland eigentlich ganz andere Sorgen, als uns konstant um andere Länder Gedanken zu machen. Im Durchschnitt bekommt eine deutsche Frau 1,36 Kinder in ihrem Leben, eine Französin hingegen 2,03 Kinder. Frankreich

hat also nicht mit einer stetig schrumpfenden und immer älter werdenden Gesellschaft zu kämpfen wie wir. Dafür bürden wir unseren Kindern und Kindeskindern immer weitere Lasten auf. Sie werden unsere Generation einst dafür verfluchen.

Ich habe einige Rückmeldungen zu meiner Aussage bekommen, dass ich für die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition nach der Bundestagswahl im September 2013 kämpfen werde. Die gemeinsame Pressekonferenz von Steinbrück und Trittin bestätigt mich in meinen allerschlimmsten Befürchtungen, was uns droht, wenn die SPD ins Kanzleramt einzieht. Im rot-grünen Instrumentenkasten findet sich ein 200 Milliarden Euro schwerer Bankenrettungsfonds, mit dem neben den deutschen Haushaltsmitteln nun auch die Spareinlagen der Deutschen für die Rettung maroder Banken in den Peripheriestaaten herangezogen werden sollen. Natürlich soll auch ein Altschuldentilgungsfonds kommen; Eurobonds mit Haftungsvergemeinschaftung stehen schon längst auf der rot-grünen Agenda. Entsprechende Anträge seien auch schon in Arbeit. Ein Kanzler Steinbrück mit einem Finanzminister Trittin können wir nur mit einem starken Wahlergebnis der CDU verhindern. Stimmen an Splitterparteien wie die Freien Wähler kommen letztendlich nur den rot-grünen Schuldenaposteln zu Gute.

## **Fraktionsbilanz 2012**

Obwohl ich der Eurorettungs-Politik nicht mit den Beschlüssen von Fraktion und Regierung konform gehe, haben wir doch in anderen Bereichen gemeinsam in diesem Jahr einiges für die Bürger unseres Landes auf die Beine gestellt. Es würde den Rahmen eines Hauptstadtbriefes sprengen, auf die vielen Themen, die in diesem Jahr über unsere Schreibtische wanderten, dezidiert einzugehen, einen kurzen Überblick möchte ich Ihnen aber dennoch geben.

### **Mehr Steuergerechtigkeit für kleine und mittlere Einkommen**

„Die christlich-liberale Koalition baut die sogenannte kalte Progression ab.“ Diese erfreuliche Nachricht wollte ich Ihnen eigentlich an dieser Stelle überbringen. Doch leider wurde dies von den rot-grün regierten Bundesländern im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat blockiert, sodass inflationsbereinigte Steuermehrein-

nahmen in Höhe von rund sechs Milliarden Euro 2013 und 2014 leider nicht an die Bürger unseres Landes zurück gegeben werden. Die kalte Progression bewirkt, dass selbst nach kleinen Lohnerhöhungen zum Inflationsausgleich die Steuerlast steigt. Viele kennen dieses Problem – und werden sich dank SPD und Grünen weiter darüber ärgern. Schade.

### **Bildungsrepublik Deutschland**

Wenn Deutschland weiter im Wohlstand leben will, muss der Wissens- und Innovationsvorsprung erhalten bleiben. Deshalb steigert die christlich-liberale Koalition die Investitionen des Bundes in Bildung und Forschung – bis zum Jahr 2013 um 13 Milliarden Euro. Mit dem Hochschulpakt II schafft sie bis 2015 zudem 334.000 zusätzliche Studienplätze.

### **Entlastung der Kommunen**

Der Bund übernimmt die ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von jährlich rund 4,5 Milliarden Euro. Damit entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft – allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Milliarden Euro. Das ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

### **Ausbau der Kinderbetreuung**

Im März 2012 waren 558.000 Kinder unter drei Jahren in Tagesbetreuung. Ab dem 1. August 2013 sollen 780.000 Plätze vorhanden sein. Dafür erhöht der Bund sein Engagement – obwohl Kinderbetreuung eine verfassungsrechtliche Aufgabe von Ländern und Kommunen ist. Der Bund übernimmt mit vier Milliarden ein Drittel der Kosten für den Kita-Ausbau und steuert 2012 zusätzlich 580 Millionen Euro bei. Ab 2014 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 845 Millionen Euro pro Jahr an den Betriebskosten der Tagesstätten.

### **Betreuungsgeld**

Ab dem 1. August 2013 erhalten Eltern, die ihre Ein- und Zweijährigen selbst betreuen, monatlich 100 Euro, ab dem 1. August 2014 dann 150 Euro. Es wird nicht vorausgesetzt, dass ein Elternteil auf seine Berufstätigkeit verzichtet. Mit dem Geld können die Eltern auch eine private Betreuung or-

ganisieren. Familien, die die Leistung nicht bar ausgezahlt bekommen wollen, können das Geld zur privaten Altersvorsorge oder für einen Bildungssparplan zugunsten ihrer Kinder nutzen. In beiden Fällen gibt es einen Bonus von 15 Euro pro Monat.

Die Herabsetzung von Eltern, die sich für das Normalste der Welt entscheiden, nämlich die ersten drei Jahre für die Betreuung ihrer Kinder selbst zu sorgen, empört mich nach wie vor. Wir schreiben Eltern und Familien nicht ideologisch vor, wie sie zu leben und ihre Kinder zu erziehen haben.

### **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur**

Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde ab 2012 zusätzlich eine Milliarde Euro für Investitionen in Straße, Schiene und Wasserstraße bereitgestellt – davon alleine 600 Millionen Euro für die Bundesfernstraßen. Ab 2013 werden weitere 750 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Davon geht auch ein gutes Stück in unsere Heimat wie ich in den beiden Artikeln zur Bahnlärmbekämpfung und der Schleuse Diez weiter unten dargelegt habe.

Ab dem 1. August 2012 wurde in Deutschland die Lkw-Maut auf vier- und mehrspurige Bundesstraßen ausgedehnt. Ertrag: jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro für den Ausbau und den Erhalt der Straßeninfrastruktur.

### **Moderne Städte gestalten**

Die Koalition tut viel für moderne Städte: zum Beispiel durch die Städtebauförderung in Höhe von 45 Millionen Euro oder das neue KfW-Programm „Energetische Stadtsanierung“ in Höhe von 92 Millionen Euro. Für die Jahre 2012 bis 2013 werden auch die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm deutlich auf 1,5 Milliarden Euro erhöht.

### **Menschen zur Organspende ermutigen**

12.000 Menschen in Deutschland warten auf ein Spenderorgan; jeden Tag sterben drei von ihnen. Daher wurde – ausgehend von einer Initiative unseres CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder – das Transplantationsgesetz geändert. In Zukunft soll jeder Bürger mindestens einmal im Leben mit dem Thema Organspende konfrontiert werden – etwa bei der Ausgabe von Personalausweisen oder über Informationsschreiben der Krankenkassen. Einen Zwang zur Entscheidung wird es auch in Zukunft nicht geben.

### **Kultur für alle**

Siebenmal in Folge wurde der Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erhöht. Derzeit umfasst der Etat rund 1,2 Milliarden Euro. Das hat es bisher noch nie gegeben. Ich finde es wichtig, dass wir unsere herausragende Kulturlandschaft in Deutschland erhalten. Das erfreut nicht nur das Herz unzähliger Touristen, sondern steigert auch die Lebensqualität für die Menschen, die dauerhaft in unserem Land wohnen.

### **Gegen Abzocke und Kostenfallen**

Die Abzocke durch kostenpflichtige Telefonwarteschleifen wurde beendet. Warteschleifen bei telefonischen Mehrwertdiensten sind künftig kostenfrei. Die Button-Lösung erhöht den Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im Internet. Verbraucher schließen von nun an erst nach Anklicken eines eindeutig gekennzeichneten Bestätigungsfeldes einen gültigen Vertrag ab.

### **Zukunftsorientierte Entwicklungspolitik**

Mit zehn Milliarden Euro an offiziellen staatlichen Entwicklungsgeldern im Jahr 2011 ist Deutschland in absoluten Zahlen gemessen das zweitgrößte Geberland weltweit. 2009 waren es noch zwei Milliarden weniger.

### **Bessere Informationen für Verbraucher**

Die Bürger können künftig unbürokratischer, schneller und umfassender Verbraucherinformationen von Behörden erhalten: seit dem 1. September auch zu Produkten wie Haushaltsgeräten oder Möbeln. Diese Anfragen sind in aller Regel kostenfrei und können auch per E-Mail oder telefonisch gestellt werden. Zudem hat die Koalition das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch geändert. Eingeführt wurde eine Veröffentlichungspflicht der Behörden bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften.

Mit der Entscheidung, die Stiftung Warentest mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro pro Jahr auszustatten, wird sie in ihrer Arbeit zur Bewertung von Finanzprodukten gestärkt.

## **Gegen den Trend: Wirtschaft und Arbeitsmarkt florieren**

Deutschland ist nicht nur die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas, es ist das einzige Land in der Europäischen Union, das deutlich weniger Arbeitslose hat als vor dem Krisenjahr 2009. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Fast 42 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Verbesserte Beschäftigungsperspektiven und steigende Löhne haben mit dazu beigetragen, dass die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen deutlich angestiegen sind und sich somit neue Spielräume eröffnen – auch wenn unser Hauptaugenmerk auf der Konsolidierung unseres Haushalts liegen muss.

## **Bahnlärm im Mittelrheintal**

Zum Ende des Jahres konnten wir hinsichtlich des Bahnlärms im Mittelrheintal noch ein paar entscheidende Weichen stellen. Die Einführung des lärmabhängigen Trassenpreissystems ab dem Fahrplanwechsel 2012/13, die Gründung des „Projektbeirates leiseres Mittelrheintal“ und die Bereitstellung zusätzlicher 21,7 Millionen Euro für Lärmschutzmaßnahmen sind positive Entscheidungen der letzten Monate, die Hoffnung auf eine leisere Zukunft machen.

Das lärmabhängige Trassenpreissystem wird die Anreize der Betreiber von Güterzügen zur Umrüstung auf leisere Wagons verstärken und ist damit Teil einer marktwirtschaftlichen Lösung zur schnelleren Umrüstung der Waggons. Nach Einschätzung von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer wird mit der Einführung von lärmabhängigen Trassenpreisen über einem Zeitraum von acht Jahren der Großteil der Güterzüge auf Flüster-technik umgerüstet.

Am 07. Dezember haben wir in Kamp-Bornhofen den „Projektbeirates leiseres Mittelrheintal“ gegründet, bei dem Bürgerinitiativen, Bahn und Politik gemeinsam an einer Lösung des Problems arbeiten. Ich erhoffe mir aus dieser Zusammenarbeit viele gute Impulse für die Zukunft des Mittelrheintals. Hoffnungsvoll stimmen mich dabei auch die Aussagen von Bahnchef Rüdiger Grube, dem es nun wirklich ernst zu sein scheint mit dem Lärmschutz. Die Deutsche Bahn hat die Halbierung des Lärms durch Schienengüterverkehr bis 2020 als eines ihrer Konzernziele festgeschrieben und sich damit darauf verpflichtet. Als Bundestagsabgeordneter und Obmann der CDU/CSU im Haushalts-

ausschuss sehe ich meine Aufgabe darin, die Bahn auf ihrem Weg zur Lärmhalbierung zu unterstützen und den Fortschritt kritisch zu überwachen.

In der letzten Sitzungswoche des Jahres haben wir uns dieser Aufgabe bereits angenommen und im Haushaltsausschuss zusätzliche Gelder für das „Sonderprogramm Lärmschutz Schiene“ freigegeben.

Dass hierbei von den bundesweit zusätzlich bereitgestellten 40 Millionen Euro über die Hälfte, nämlich 21,7 Millionen, in das Mittelrheintal fließen, ist ein absolut positives Signal für unsere Region.

Mit den zusätzlichen Mitteln können gezielt die Maßnahmen unterstützt werden, die sich in der Erprobungsphase als besonders wirksam erwiesen haben. Dabei handelt es sich insbesondere um Schienenstegdämpfer und Schienenstegabschirmungen, die eine Lärmreduzierung von etwa 3 dBA bewirken können. Die zusätzlichen Mittel für weitere Lärmschutzmaßnahmen im Mittelrheintal sind ein richtiger und wichtiger Schritt auf diesem Weg den Lärm zu halbieren.

## **Lahn / Schleuse Diez**

Der Bund wird in den nächsten beiden Jahren zusätzlich 1,5 Millionen Euro in die Instandsetzung der Schleuse Diez investieren. Die Investitionsmittel kommen aus dem sogenannten Infrastrukturbeschleunigungsprogramm, das am 12. Dezember im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen worden ist. Insgesamt umfasst das Programm zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 750 Millionen Euro.

Es ist ein gutes Zeichen, dass der Bund so viel Geld für die Instandsetzung der Schleuse Diez in die Hand nimmt. Diez liegt zwar nicht in meinem Wahlkreis, aber für die Durchgängigkeit der Lahn ist es wichtig, dass alle Schleusen passierbar sind. Es wurden auch bereits planmäßige Bauvorbereitungen mit einem Kostenvolumen von ca. 100.000 Euro durchgeführt.

Im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) hat es viele Diskussionen um die Zukunft der Lahn gegeben. Viele Ängste werden geschürt und Unwahrheiten verbreitet. Dass der Bund so viel Geld für die Instandsetzung der Schleuse in Diez in die Hand nimmt, beweist aufs Neue, dass der Bund die Lahn nicht abgeschrieben hat – auch wenn das scheinbar einige nicht wahrhaben wollen. Auch an der Schleuse in Limburg

laufen gerade Instandsetzungsarbeiten. Dort werden gerade unter anderem die Schleusentore erneuert. Im Frühjahr sollen die Arbeiten dann soweit abgeschlossen sein, dass die Lahn wieder vollumfänglich für den Wassertourismus nutzbar ist.

Im Zuge der Neuausrichtung der WSV des Bundes wurden die Bundeswasserstraßen entsprechend ihrer verkehrlichen Bedeutung kategorisiert. Die Lahn wurde als „sonstige Wasserstraße“ eingestuft. Dies heißt jedoch nicht, dass die Lahn ihren Status als Bundeswasserstraße verliert. Diese Kategorie spiegelt die vorhandene und prognostizierte verkehrliche Bedeutung der Lahn wider und bedeutet, dass grundsätzlich der bestehende Zustand erhalten werden soll.

Der Anlass für die Kategorisierung ist, dass die mittelfristigen Finanzierungsmöglichkeiten des Bundeshaushaltes im Rahmen der dringend notwendigen Haushaltskonsolidierung die Spielräume für Investitionen deutlich begrenzen. Im Rahmen dieses durch den Haushalt gesetzten finanziellen Rahmens soll vorrangig die Funktionsfähigkeit der Wasserstraßen gewährleistet werden; daher liegen die Prioritäten auf dem Erhalt und Ersatz von Anlagen. Es bleiben – unabhängig von der Organisationsstruktur – an allen heutigen Standorten der Wasser- und Schifffahrtsämter Organisationseinheiten der WSV bestehen (Außenbezirke, Bauhöfe etc.). Der Bund hat als Eigentümer gesetzliche Verpflichtungen, z.B. beim Hochwasserschutz, denen er auch weiterhin nachkommen wird.

Zum Themenkomplex „Wassertourismus“ wurden seitens der Bundesregierung unter anderem eine Machbarkeitsstudie und ein verfassungsrechtliches Gutachten eingeholt. Das Gutachten stellt unter anderem fest, dass alternative Betriebsformen bei der Verwaltung von Wasserstraßen und Schifffahrt nur in sehr eingeschränktem Umfang und nur bei Vorliegen bestimmter objektiver Kriterien zulässig wären. Alternative Betriebsformen wären nur zulässig, wenn eine Bundeswasserstraße ihre verkehrliche Funktion verloren hätte oder verlieren würde und damit die hoheitliche Verwaltung des Bundes entfiel bzw. entfallen würde. Bisherige Versuche, Wasserstraßen oder Wasserstraßenteile mit fehlender oder geringer Verkehrsbedeutung den Bundesländern zu übertragen, sind an den von den Ländern befürchteten Folgekosten gescheitert.

## Jahresabschluss

Die Weihnachtstage möchte ich im Kreis meiner Familie verbringen und hoffe, dass wenigstens diese Zeit von Sondersitzungen verschont bleibt. Bei all dem Stress und den Belastungen sollten wir die Zeit, die wir mit unseren Liebsten genießen, kostbar schätzen. Verabschieden möchte ich mich mit einem Weihnachtsgedicht von Theodor Storm, das meinen Mitarbeitern und mir sehr gut gefällt, und sehr schön auf die Weihnachtstage einstimmt.

*Vom Himmel in die tiefsten Klüfte  
Ein milder Stern herniederlacht;  
Vom Tannenwalde steigen Düfte  
Und hauchen durch die Winterlüfte,  
Und Kerzenhelle wird die Nacht.*

*Mir ist das Herz so froh erschrocken,  
Das ist die liebe Weihnachtszeit!  
Ich höre fernher Kirchenglocken  
Mich lieblich heimatlich verlocken  
In märchenstille Herrlichkeit.*

*Ein frommer Zauber hält mich wieder,  
Anbetend, staunend muss ich stehn;  
Es sinkt auf meine Augenlider  
Ein goldner Kindertraum hernieder,  
Ich fühl's ein Wunder ist geschahn.*

**Theodor Storm (1817-1888)**

Ihr



### Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

### Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.